

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Einst sind die Herren Juncker und Schulz bei der Europawahl 2014 gegeneinander für den Posten des Kommissionspräsidenten angetreten. Aber eigentlich vertreten beide die gleichen Positionen. Wie wir auf S. 2 dieses Newsletters erfahren, glorifiziert Martin Schulz die "transnationale Demokratie" (ein neuer Begriff für mich, so hatte ich die EU noch nicht gesehen. Ich dachte, dies sei eine freiwillige Zusammenarbeit freier, souveräner und demokratischer Staaten). Aber wer dies anders sieht als Herr Schulz, wird gleich als Spalter und Ultrationalist verurteilt. Ich schweige also betroffen, frage mich aber im Stillen, wie er mit einer solchen Einstellung als möglicher Außenminister der Bundesrepublik Deutschland dann die Interessen dieses Staates (nicht Nation, bitte, davon hatten wir nun wirklich genug) vertreten will.

Wir können aus unserem Kreisverband heraus nur das Unsere tun, um politische Alternativen anzubieten und zu diskutieren. Im nächsten Newsletter werde ich mehr über den Vortrag über Geschichte und Zukunft der EU mit Prof. Dr. F. Schorkopf am 9.3.17 um 19.30 Uhr in der Martinseehalle in Heusenstamm berichten und Ihnen vermutlich schon unseren vom Kreisvorstand gebilligten Antrag zur Reform der EU (für den nächsten Landesparteitag im März 2017) mitsenden können.

Europäischer Rat

EU-NATO-Gipfel

Bei ihrem Gipfeltreffen am 06./07.12.2016 haben die Außenminister der Nato-Mitgliedstaaten eine engere NATO-EU-Zusammenarbeit vereinbart. Als Reaktion auf neue Bedrohungen, wie etwa die Spannungen mit Russland, die Kriege in Syrien und im Irak sowie die Herausforderungen durch Migration, wurde Programm für eine bessere Kooperation bei Marineeinsätzen, Cyberabwehr sowie Rüstungsforschung beschlossen. Vorgesehen sind ein deutlich engerer Austausch von Experten sowie ab 2017 parallele und koordinierte Übungen im Krisenmanagement. Zukünftig wird die NATO zudem Versorgungs- und Aufklärungskapazitäten für den Marineeinsatz sSophia%obereitstellen, welcher Schleuserkriminalität und Waffenschmuggel im Mittelmeer bekämpft und ein Ausbildungsprogramm für den libyschen Küstenschutz beinhaltet. Auch die Stärkung der Widerstandsfähigkeit und eine Stabilisierung von Partnerländern insbesondere im Westbalkan werden angestrebt. Um z.B. Stromnetze sowie Bankssysteme zukünftig besser zu schützen, ist zudem eine vertiefte Zusammenarbeit bei Ausbildung und Forschung im Bereich Cyberabwehr geplant. <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/12/06-eu-nato-jointdeclaration/>



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Europäisches Parlament

Rede von Martin Schulz zum Mandatende als EP-Präsident

Am 14.12.2016 hat Martin Schulz im Plenum eine Erklärung zu seiner fünfjährigen Amtszeit als EP-Präsident abgegeben. »Vor fünf Jahren habe ich nach meiner Wahl um Präsidenten gesagt, dass es mein Ziel ist, das Europäische Parlament sichtbarer, hörbarer und einflussreicher zu machen. Fünf Jahre später kann ich sagen, dass uns das gemeinsam gelungen ist: Das Parlament ist heute sichtbarer, hörbarer und einflussreicher als je zuvor.« Schulz unterstrich, dass die transnationale Demokratie daraus gestärkt hervorgegangen sei. »Aber genau diese transnationale Demokratie ist heute in großer Gefahr. Überall auf unserem Kontinent machen sich die Spalter und die Ultrationalisten wieder breit, diejenigen, die Menschen gegeneinander hetzen und die das liberale, das soziale und das ökologische Gesellschaftsmodell Europas abwickeln wollen. Damit gefährden sie eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften, die auf unserem Kontinent je gelungen ist.«

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20161214+ITEM-008+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Europäisches Parlament mit neuer Geschäftsordnung

Am 13.12.2016 haben die Abgeordneten mit einer Mehrheit von 548 - 145 - 13 eine umfassende Überarbeitung der EP-Geschäftsordnung verabschiedet. Die Klar

stellung der bestehenden Regeln soll die Transparenz im Parlament verstärken. Rassistische oder verleumderische Rede werden künftig nicht mehr toleriert. Insbesondere auf folgende Änderungen wird hingewiesen:

- Die Erklärungen der finanziellen Interessen der Abgeordneten müssen nach den neuen Regeln ausführlicher gestaltet und geprüft werden. Ehemalige Abgeordnete müssen das Parlament unterrichten, wenn sie eine neue Lobbytätigkeit aufnehmen. Der Verhaltenskodex für die Abgeordneten wird verstärkt und schließt unter anderem das ausdrückliche Verbot für die Abgeordneten ein, eine bezahlte Lobbytätigkeit auszuüben.
- Gegen Abgeordnete, die sich diffamierend, rassistisch oder fremdenfeindlich äußern oder ein Verhalten an den Tag legen, durch das die parlamentarische Tätigkeit gestört wird, werden nunmehr schärfere Sanktionen verhängt. Die Sanktionen für ein schwerwiegendes Fehlverhalten wurden zusätzlich verschärft.
- Um die Transparenz zu erhöhen, müssen die Abgeordneten nun für jede Verhandlung mit dem Rat für eine Einigung in erster Lesung ein Mandat des gesamten Parlaments einholen, nicht nur des zuständigen Ausschusses.
- Jede Fraktion darf bei jeder Tagung ein oder zwei Aussprachen über ein aktuelles Thema, das für die Politik der Europäischen Union von großem Interesse ist, von mindestens je 60 Minuten auf die Tagesordnung setzen.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

- Die Abgeordneten werden nicht mehr vom Plenum förmlich in Ausschüsse gewählt, oder für Posten wie den des Ausschussvorsitzenden oder die seiner Stellvertreter nominiert, sondern ab der nächsten Legislaturperiode von den Fraktionen bestimmt, und zwar jeweils im Verhältnis der Anzahl der Sitze, die eine Fraktion im Parlament hat.
- Der Präsident kann Verhandlungen über die jährliche interinstitutionelle Programmvereinbarung über die legislative Programmplanung führen.
- Die Zurückziehung eines Vorschlags durch die Kommission muss mit dem jeweiligen EP-Ausschuss erörtert werden.
- Die Anzahl schriftlicher Anfragen wird begrenzt (auf 20 pro MdEP in einem Zeitraum von 3 Monaten), von Entschließungsvorschlägen (ein Antrag pro MdEP pro Monat) und von Anträgen zur namentlichen Abstimmung im Plenum (100 pro Fraktion pro Tagung).
- Die Bestimmungen zur Anhörung der designierten Kommissare werden dahingehend geändert, dass künftig auch im Falle einer wesentlichen Änderung der Geschäftsbereiche während der Amtszeit der Kommission die betroffenen Kommissionsmitglieder aufgefordert werden, an einer veritablen Anhörung teilzunehmen, bevor sie ihre neuen Aufgaben übernehmen. Bisher war in diesem Fall nicht die Rede von einer Anhörung sondern lediglich von einem sErscheinen vor den betroffenen Ausschüssen%

Die angenommenen Änderungen der Geschäftsordnung werden am 16.01.2016 in Kraft treten und für die unmittelbar darauf folgende Neuausrichtung des Parlaments für die zweite Hälfte der Legislaturperiode gelten.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0484+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Europäische Kommission

Migrationspartnerschaften mit Afrika bringen erste Erfolge

Die Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern zur Migration zeigt konkrete Fortschritte. Zu diesem Ergebnis kommt die EU-Kommission in ihrem am 15.12.2016 vorgelegten Zweiten Bericht über den Migrationspartnerschaftsrahmen mit den fünf prioritären Ländern Äthiopien, Mali, Niger, Nigeria und Senegal. Die finanzielle Hilfe zur Unterstützung der Ziele des Aktionsplans von Valletta wurde mit einer Aufstockung des EU-Treuhandfonds für Afrika um zusätzliche 500 Mio. EUR erweitert. Damit wird ein Volumen von fast 2,5 Mrd. EUR erreicht. Bis heute sind im Rahmen des EU-Treuhandfonds für Afrika bereits 64 Programme mit einem Volumen von fast 1 Mrd. EUR genehmigt worden. 2017 werden zur Erhöhung der Wirksamkeit anderer Instrumente 726,7 Mio. EUR in den EU-Haushalt fließen, um die Entwicklung der externen Dimension der Migration weiter zu fördern. Auch erste Rückgänge der Migrationsströme sind zu verzeichnen. In Niger ist die



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zahl der Personen, die die Wüste durchqueren, von 70.000 im Mai auf 1.500 im November gesunken. Außerdem wurden 102 Schleuser an die Justiz übergeben und 95 Fahrzeuge sichergestellt. 4.430 irreguläre Migranten wurden mit der Unterstützung der IOM in ihre Heimat rückgeführt und rund 2.700 irreguläre Migranten aus den prioritären Ländern wurden aus der EU in ihre jeweiligen Herkunftsländer rückgeführt. Anfang 2017 werden in alle fünf prioritären Länder europäische Verbindungsbeamte für Migration entsandt. Parallel dazu sind in den prioritären Ländern 1165 Erasmus+ Mobilitätsmaßnahmen finanziert worden, um legale, reguläre Migrationskanäle zu stärken.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-4381_de.htm

Kommission stellt umfassendes Paket zur Energieunion vor

Am 30.11.2016 hat die Kommission unter der Überschrift „Saubere Energie für alle Europäer“. Wachstumspotential Europa erschließen“ ein umfassendes Paket zur Vervollständigung der Energieunion vorgelegt. Schwerpunkte des Pakets sind die Energieeffizienz, die Förderung der erneuerbaren Energien sowie das Strommarktdesign. Zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden schlägt die Kommission eine Änderung der Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden 2010/31/EU vor. Schwerpunkt der Vorschläge ist es, Gebäude durch den Einsatz moderner Technologien intelligenter zu machen (u. a. Automatisierung von Gebäuden, Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge) und durch Renovierung (u. a.

Isolation, Glasarbeiten) die Energieeffizienz zu erhöhen.

Zusätzlich leitet die Kommission die Initiative „Intelligente Finanzierung für intelligente Gebäude“, um private Finanzmittel für Energieeffizienzmaßnahmen und die Nutzung erneuerbarer Energien in bestehenden Gebäuden zu fördern. Daneben schlägt die Kommission Leitlinien für freiwillige Maßnahmen der Industrie zur Selbstregulierung beim Ökodesign vor, eine Richtlinie zu Ökodesign-Vorschriften für Heizungs- und Kühlungsprodukte sowie Änderungen in den Verordnungen zu den Toleranzschwellen bei Prüfverfahren im Ökodesign. Die vorgeschlagenen Änderungen erlauben es der Kommission, neue Effizienzstandards für bestimmte Produkte zu setzen, wenn diese die Effizienzziele der EU in Gefahr sieht. Zudem verweist das Paket auch auf die Mitteilung der Kommission „Eine europäische Strategie für kooperative, intelligente Transportsysteme, ein Meilenstein hin zu kooperativer, vernetzter und automatisierter Mobilität“.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-4009_de.htm

435 Mio. für Europäische Landwirte

Nach Mitteilung der Kommission stehen die Mittel der Krisenreserve des Agrarhaushalts ab 01.12.2016 wieder für die Direktzahlungen an die europäischen Landwirte zur Verfügung. Diese Finanzreserve wird gemäß des jeweiligen Anteils an den Direktzahlungen auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt. Von den europaweit ausgeschütteten 435 Mio. € erhalten damit Frankreich 91 Mio. €, Deutschland 60 Mio. € und Spanien rund 56



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Mio. " zurück. Seit der Reform der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik im Jahr 2013 wird ein Anteil der jährlichen Direktzahlungen zur finanziellen Krisenvorsorge zurückgelegt. Wird diese Rücklage bis Ende des jeweiligen Jahres nicht benötigt, gehen die Mittel wieder an die Landwirte zurück. Seit 2013 wurde diese Krisenreserve bisher nicht verwendet. Die aufgrund der schwierigen Marktsituation in der Landwirtschaft seit September 2015 zur Verfügung gestellten rund 1 Mrd. " wurden aus freien Haushaltsmitteln finanziert. Somit kann die einbehaltene Krisenreserve wieder ausbezahlt werden. <http://eur-lex.europa.eu/legal-con-tent/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32016R2073&from=DE>

EUROSTAT

Arbeitslosenquote im Euroraum bei 9,8 %
Laut der Pressemitteilung von Eurostat vom 01.12.2016 betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Oktober 2016 im Euroraum 9,8 %. Die Arbeitslosenquote sank demnach gegenüber dem Vormonat um 0,1 Prozentpunkte. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stellt dies einen Rückgang von 0,8 Prozentpunkten dar. Das sei die niedrigste Quote, die seit Juli 2009 im Euroraum verzeichnet wurde. In den EU-Mitgliedstaaten wiesen die Tschechische Republik (3,8 %) und Deutschland (4,1 %) weiterhin die niedrigsten Arbeitslosenquoten auf. Die höchsten Quoten zeigten sich weiterhin bei Griechenland (23,4 % im August 2016) sowie Spanien mit (19,2 %).

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7752353/3-01122016-AP-DE.pdf/b95ee906-b495-47c4-aba3-027be2b2b4e1>

Aus dem Kuriositätenkabinett

EU-Kommission fordert Kroatien auf, den ermäßigten Verbrauchsteuersatz für Kleinproduzenten von Äthylalkohol zu ändern

Am 08.12.2016 forderte die Kommission KRO auf, seine Bestimmungen über Verbrauchsteuern auf Rohalkohol zu ändern, der von Kleinproduzenten für den Eigenbedarf erzeugt wird. Die Verbrauchsteuern auf Alkohol sind auf EU-Ebene harmonisiert (Richtlinie 92/83/EWG des Rates). Die betreffenden Vorschriften besagen, dass die Mitgliedstaaten (MS) auf Destillate kleiner Produzenten höchstens eine jährliche Ermäßigung von 50% auf den normalen Verbrauchsteuersatz gewähren dürfen, wenn nicht mehr als 10 Hektoliter reinen Alkohols hergestellt werden. Gegenwärtig erlauben die kroatischen Behörden einen ermäßigten Verbrauchsteuersatz für Kleinproduzenten, die bis zu 20 Liter reinen Alkohols je Haushalt für den Eigenverbrauch produzieren. Es wird ein pauschaler Verbrauchsteuersatz je nach Kapazität der für die Produktion verwendeten Kessel angewandt (d. h. 100 HRK für eine Kesselkapazität von bis zu 100 Litern und 200 HRK für alle größeren Kessel). Da der ermäßigte Steuersatz in KRO an die Kesselkapazität geknüpft ist und pauschal, unabhängig von der tatsächlich produzierten Menge, erhoben wird, entsprechen er nicht den EU-Vorschriften. KRO



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

hat nun zwei Monate Zeit, der Kommission mitzuteilen, welche Abhilfemaßnahmen ergriffen wurden; andernfalls kann die Kommission beim EuGH Klage erheben.

http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-16-4211_de.htm

ASEAN-Staaten inzwischen offener für Handel als EU und USA

Einer Studie des Weltwirtschaftsforums (WEF) zufolge weisen die Länder des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) inzwischen weniger Handelsbarrieren auf als die Europäische Union oder die Vereinigten Staaten. Zentrales Element der Untersuchung ist der Enabling Trade Index (ETI), der 136 Volkswirtschaften in Hinblick auf Ein- und Ausfuhrbedingungen, Zollabwicklung, Infrastruktur und das allgemeine Geschäftsumfeld analysiert. Laut Index ist Singapur der handelsfreundlichste Staat der Welt, gefolgt von den Niederlanden und Hongkong. Deutschland landet auf dem neunten Platz. Zwar seien Europa und Nordamerika weiterhin sehr handelsfreundliche Regionen, doch habe sich die Integration in den Weltmarkt in diesen Regionen seit der letzten Erstellung des ETI 2014 deutlich verlangsamt. Alle Länder Südasiens hätten ihre Performance dagegen in den vergangenen zwei Jahren deutlich verbessert, so das WEF.

<https://www.weforum.org/reports/the-global-enabling-trade-report-2016>

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

